

Schweiz

Maulkorb mit unabsehbaren Folgen

Hilfswerke unter Druck Aussenminister Ignazio Cassis verbietet nicht staatlichen Organisationen, Bildungs- und Informationsarbeit in der Schweiz mit Bundesgeldern zu finanzieren. Sein Entscheid könnte auch die Landwirtschaftslobby treffen.

Stefan Häne
und Philippe Reichen

Die Abstimmung findet erst in fünf Monaten statt, doch die Gegenkampagne läuft bereits. Proviande gehört der Allianz an, welche die Trinkwasserinitiative bekämpft. Das Volksbegehren will unter anderem die Zahl der Nutztiere in der Schweiz senken. Ein «ökologischer Unsinn» sei das, kritisiert der Branchenverband der Schweizer Fleischwirtschaft. Die Produktion von Eiern, Geflügel- und Schweinefleisch würde extrem eingeschränkt. «Diese Lebensmittel kämen in der Folge vermehrt aus Ländern, in denen das Tierwohlniveau tiefer ist», so die Botschaft.

Wenn sich private Organisationen wie Proviande in die Politik einmischen, warf das bis vor kurzem kaum Wellen. Das könnte sich jetzt ändern. Auslöser ist die am Ständemehr gescheiterte Konzernverantwortungsinitiative (Kovi). Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerke machten sich für die Annahme der Kovi stark – Akteure, die vom Bund Geld erhalten.

Bürgerliche Politiker, darunter Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP), haben damit ein Problem. Der Zürcher fordert in einer Motion: keine öffentlichen Gelder mehr an Projekte von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich an politischen Kampagnen beteiligen. Aussenminister Ignazio Cassis, Portmanns Parteikollege, hat bereits durchgegriffen und setzt NGOs unter Druck. Ihnen ist es seit Anfang Jahr verboten, das für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland vorgesehene Geld für Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit im Inland einzusetzen. Der Bund hat in die Verträge mit den NGOs eine entsprechende Klausel eingebaut.

NGOs sind verunsichert

Der Entscheid trifft auch das Schweizerische Rote Kreuz, wie Direktor Markus Mader bestätigt. Die Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit der NGOs zu entwicklungsrelevanten Themen sei wichtig, kritisiert er. «Wir vom Schweizerischen Roten Kreuz haben an unseren Einsatzorten im Ausland Einblicke, die die meisten Menschen in der Schweiz nicht haben», so Mader. «Die Aufklärungsarbeit, wie wir sie verstehen, ist keine politische Arbeit, sondern stärkt gemäss der Präambel unserer Bundesverfassung Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt.»

Das Geld vom Bund half dem SRK etwa, im Verkehrshaus in Luzern die Wanderausstellung «Weltreise» zu organisieren. Diese führte einem breiten Publikum vor Augen, wie das Rote Kreuz Menschen in Äthiopien, Ghana, Nepal und auf den Philippinen hilft, sich vor Naturkatastrophen zu schützen. Gerade für Ausstellungen sind private Gelder nur beschränkt verfügbar.

Das Hilfswerk Solidar Schweiz, das sich vor allem in Afrika und Asien für faire Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzt, musste wegen seines Kovi-Engagements



Schweizer NGOs leisten im Ausland Hilfe und werden dabei oft vom Bund unterstützt: Verteilung von Gütern im Südsudan durch das Rote Kreuz. Foto: Getty Images

bereits 24'000 Franken in die Bundeskasse zurückzahlen. Der Fall Solidar verunsichert die NGOs reihum. «Wir sind besorgt über die Tendenz einiger politischer Kreise in der Schweiz, den Handlungsspielraum von NGOs bei der Entwicklungszusammenarbeit und -politik weiter einzuschränken», sagt Bettina Filacano, Sprecherin des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks).

Doch Cassis' Intervention könnte weit über die NGOs hinaus Folgen haben. In den Fokus rücken nun auch nicht staatliche Organisationen wie Proviande, die ebenfalls von Staatsgeldern profitieren. Im Auftrag des Bundes erledigt Proviande diverse Aufgaben; so stuft der Verband auf Schlachtviehmärkten etwa die Qualität von Tieren ein. 6,2 Millionen Franken hat Pro-

Wo kippt die Werbung in eine politische Stellungnahme? Diese Frage ist umstritten.

viande dafür letztes Jahr vom Bund erhalten. Von politischer Werbung steht hingegen nichts im Leistungsauftrag, den diese Zeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat.

Allerdings erhält Proviande weitere Bundesgelder – für die Absatzförderung von Schweizer Fleisch mit Werbung und anderen Massnahmen. Im letzten und in diesem Jahr je 5,5 Millionen Franken. Anders als beim Leistungsauftrag handelt es sich hier nicht um eine Rechtsbeziehung, wie das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) erläutert. Vielmehr erlasse der Bund, nachdem er ein entsprechendes Finanzhilfegesuch geprüft habe, einseitig eine Verfügung, welche die Details der Absatzförderung regle.

Ausweitung der Regel wäre «problematisch»

Der wichtigste Punkt: Mit der Werbung für Schweizer Fleisch soll der Verband dessen Vorteile gegenüber Importfleisch ins Zentrum stellen – und nicht «konsumtreibend» wirken, wie er dies vor einigen Jahren mit seinem Spot «Schweizer Fleisch – alles andere ist Beilage» getan hat. Umweltschützer kritisieren solche Werbungen unter anderem, weil sie ihrer Ansicht nach der Schweizer Klimapolitik zuwiderlaufen: Die Landwirtschaft produziert viel Treibhausgas, und die Höhe des Ausstosses sei wesentlich von der Tierhaltung und den Tierbeständen abhängig.

Wo kippt die Werbung in eine politische Stellungnahme? Diese Frage ist umstritten. Darf Provi-

ande gegen die Trinkwasserinitiative Position beziehen, weil es mehr Fleischimporte auf Kosten der Schweizer Nutztierhalter befürchtet? Von einer «Grauzone» spricht BLW-Vizedirektor Adrian Aebi hierbei. Es gebe keine Garantie dafür, dass Bundesgelder für private Organisationen mit politischen Abstimmungskämpfen nicht in Berührung kämen.

Massnahmen im Bereich der politischen Kommunikation sind gemäss der entsprechenden Verordnung aber ausdrücklich von der Finanzhilfe ausgeschlossen, und dies werde auch – soweit möglich – überprüft, so Aebi. Unklar ist, was der BLW-Vizedirektor von Cassis' Intervention bei den Hilfswerken hält. Aebi möchte sich nicht dazu äussern, da er die Details nicht kenne.

Cassis und seine bürgerlichen Freunde, so sagt es ein Kenner der Schweizer Agrarpolitik, hätten mit ihrem Schlag gegen die NGOs «eine Kiste geöffnet, die noch ungeahnt tief ausfallen könnte». Eine Ausweitung der Regel auf Organisationen im Landwirtschaftsbereich bezeichnet Aebi denn auch offen als problematisch. Proviande – wie zahlreiche andere landwirtschaftliche Organisationen – könnte einen Teil seiner privatrechtlichen Aktivitäten nicht mehr oder nur noch eingeschränkt wahrnehmen, wie Aebi klarmacht.

Betroffen wären laut BLW auch Organisationen wie IP Suisse und Bio Suisse, aber auch der Schweizer Bauernverband (SBV). Der Bund zahlt 2,2 Millionen Franken pro Jahr, damit der

SBV die von der hiesigen Landwirtschaft erbrachten gemeinschaftlichen Leistungen und somit auch jene der Schweizer Landwirtschaftsprodukte in der Bevölkerung bekannt macht. Der SBV wiederum kämpft an vorderster Front gegen die Trinkwasserinitiative. Gerade erst letzte Woche hat er seine Kampagne gegen die seiner Ansicht nach «extreme» Initiative vorgestellt.

Separate Finanzierung für Kampagnen

Die betroffenen Kreise versichern unisono, dass sie die Bundesgelder konsequent nicht für politische Aktivitäten einsetzen würden. «Es gibt bei uns eine separat abgetrennte Rechnung und Finanzierung», sagt etwa Bauernchef Markus Ritter. Proviande-Direktor Heinrich Bucher warnt zudem, eine Ausweitung der Regel würde die politischen Rechte von Verbänden und NGOs drastisch einschränken. «Staatspolitisch wäre dies äusserst bedenklich und für die Demokratie schädlich.»

Zudem, so Bucher, müsste Proviande sein Budget ohne Bundesgelder für die Absatzförderung um rund die Hälfte reduzieren. Eine Folge davon wäre laut Bucher, dass die Information über die in der Schweiz hergestellten Produkte stark reduziert würde, die Konsumenten würden ihren Kaufentscheid nur noch auf die Eigenwerbung der Detailhändler abstützen können. «Die Förderung der Wertschätzung für einheimische Produkte ginge damit verloren.»



PR für Schweizer Tierprodukte – braucht es das? Foto: Keystone